



## Andenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Vor 55 Jahren begann mit Streiks und Demonstrationen der Aufstand gegen die SED-Diktatur. Am 17. Juni 1953 schlossen sich im ganzen Land über eine Million Menschen den Protesten an und forderten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. Nur mit massivem Einsatz von Polizei und sowjetischer Armee konnten die sozialistischen Machthaber den Aufstand niederschlagen. Mindestens 55 Menschen wurden von Volkspolizisten und Rotarmisten erschossen. In den Tagen nach der Nieder-

schlagung des Aufstandes wurden mehr als 6.000 Personen verhaftet und zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Sieben Freiheitskämpfer wurden hingerichtet.

Der 17. Juni 1953 war die größte Freiheitsbewegung der deutschen Geschichte. Vor aller Welt demonstrierte die ostdeutsche Bevölkerung ihren Mut und Widerstand gegen die sozialistischen Unterdrücker. Gleichzeitig zeigte der Volksaufstand, dass der Sozialismus nur mit Gewalt und gegen den Willen der Bevölke-

rung durchgesetzt werden konnte. Wenn die Linkspartei heute „Freiheit durch Sozialismus“ fordert, zeigt das nicht nur die Geschichtsvergessenheit dieser Partei, sondern offenbart auch, dass sie bis heute nicht versteht, dass Sozialismus nicht Freiheit, sondern Zwang und Unterdrückung bedeutet.

Wir gedenken heute der Teilnehmer und Opfer des Aufstandes. Ihr Andenken mahnt uns, jegliche Form des Totalitarismus entschieden zu bekämpfen.

## Familien stärken – staatliche Eingriffe in die Familien begrenzen

In der letzten Woche hat die SPD ein 10-Punkte-Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut vorgelegt. Darin sehen die Sozialdemokraten tiefe Eingriffe in das Erziehungsrecht der Eltern vor:

Kindertagesstätten sollen zu Erziehungszentren ausgebaut werden, wo Eltern nicht nur Erziehungsratschläge, sondern auch Sucht- und Schuldnerberatung erhalten. Selbst Kochen möchten die Sozialdemokraten den Eltern dort beibringen.

Einmal mehr zeigt sich: Der Staat ist in den Augen der SPD nicht nur für alles verantwortlich, sondern weiß auch besser als die Eltern, was gut für deren Kinder ist. Deshalb wollen die Sozialdemokraten im Gegenzug auch die finanzielle Unterstützung für Familien reduzieren:

Nachdem sie lange Zeit die Er-

höhung des Kindergeldes mit dem Argument abgelehnt haben, die Eltern würden die zusätzlichen Mittel nur für Alkohol und Zigaretten verschwenden, möchten sie nun den Kinderfreibetrag senken. Das ist grundgesetzwidrig, denn das Bundesverfassungsgericht hat die Politik verpflichtet, das Existenzminimum des Kindes steuerfrei zu stellen und die Höhe des Existenzminimums alle zwei Jahre erneut zu ermitteln.

Wenn im Herbst dieses Jahres der Existenzminimumbericht feststellen sollte, dass das Existenzminimum gestiegen ist, sind wir verpflichtet, den Kinderfreibetrag entsprechend anzupassen.

Dagegen erklären die Sozialdemokraten nun, den Kinderfreibetrag absenken zu wollen und begründen dies damit, dass der

Staat die Kinderbetreuung weitgehend übernehme und somit die Eltern entlaste.

Eine solche Verstaatlichung der Familie wird es mit uns nicht geben. Sie dürfte auch vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt alle Eltern unabhängig von ihrer individuellen Lebensgestaltung.

Das Erziehungsrecht der Eltern ist ein hohes, vom Grundgesetz geschütztes Gut, das wir nicht antasten werden. Im Gegenteil: Wir wollen Eltern und Familien unterstützen. Deswegen haben wir die Erhöhung des Kindergeldes beschlossen und deswegen werden wir nach Vorliegen des Existenzminimumberichts auch den Kinderfreibetrag entsprechend anheben.



## Die Woche im Parlament

In einer Regierungserklärung informierte uns die Bundeskanzlerin über den Ausgang des Referendums in Irland zum **Vertrag von Lissabon** und erläuterte uns die Haltung der Bundesregierung dazu. Nach dem die Iren den Reformvertrag ablehnten, steht die EU vor neuen Herausforderungen. Auf der Sitzung des Europäischen Rates am 19./20. Juni in Brüssel beraten die Staats- und Regierungschef über weitere Schritte.

In dieser Woche stellte uns die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Maria Böhmer (Bild unten), den **Siebten Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland** vor. Den Schwerpunkt des Berichtes bildet die Darstellung und Bewertung der integrationspolitischen sowie rechtlichen Entwicklungen im Berichtszeitraum von Anfang 2005 bis November 2007 sowie die Ergebnisse des **Nationalen Integrationsplans**. Für den Bericht wurden die 2007 vorgelegten Daten des „Mikrozensus 2005“ ausgewertet, die erstmals eine Analyse ermöglichen, die nach den Kriterien „Personen mit Migrationshintergrund“ und „Personen ohne Migrationshintergrund“ differenziert und damit über die bisherige Differenzierung zwischen „Ausländern“ und „deutschen Staatsangehörigen“ hinausreicht. Der Bericht weist darauf hin, dass Bildung und Ausbildung sowie der Arbeitsmarkt zentrale Bedeutung für die Integration haben.

## Vielfalt als Chance—Integrationsprojekte der Bundesregierung

„Kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz“ will ein Wettbewerb fördern, an dem sich auch oberbergische Unternehmen und öffentliche Einrichtungen beteiligen sollen. Dafür wirbt Oberbergs Bundestagsabgeordneter Klaus-Peter Flosbach. „Gesucht werden zum Beispiel

Betriebe, die Menschen mit einer anderen Muttersprache eingestellt haben, um sich damit neue Kunden zu erschließen“, erklärt Flosbach. Ziel sei, die Potenziale von Zuwanderern besser als bisher zu nutzen. Der Wettbewerb ist Teil der Kampagne „Vielfalt als Chan-

ce“. Die Kampagne wurde von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Maria Böhmer (Bild) ins Leben gerufen.

„Frau Böhmer hat uns Abgeordnete gebeten, die Integrationsprojekte der Bundesregierung in unseren Städten und Gemeinden bekannt zu machen.“

Zu gewinnen gibt es unter anderem Geldpreise von bis zu 15 000 Euro (1.Preis). Einsendeschluss ist der 8. September. Mehr Informationen sind zu finden auf der Internetseite:

[www.vielfalt-als-chance.de/](http://www.vielfalt-als-chance.de/)



### KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB  
Jakob-Kaiser-Haus  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227-71 401  
Fax : (030) 227-76 301  
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de